

Datum: 27.04.2022
Tel.: 233-
Fax: 233-
AZ: Stellungnahme GPR Collaboration Tool

Gesamtpersonalrat

Collaboration Tools; Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V; Stellungnahme des Gesamtpersonalrates

An den
IT-Referenten

Sehr geehrter Herr ,

vielen Dank für die Zuleitung der Beschlussvorlage „Collaboration Tools“ vom 12.04.2022. Der Gesamtpersonalrat hat diese in seiner Sitzung am 27.04.2022 eingehend behandelt und bezieht wie folgt Stellung:

Der Gesamtpersonalrat unterstützt ausdrücklich das Bestreben, wo immer möglich, sinnvoll und kostenoptimierend, Open-Source Lösungen bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung einzusetzen. Wir vertrauen dabei auf die Fachexpertise unserer Kolleg*innen im IT-Referat, die Möglichkeiten, aber auch die Risiken derartiger Implementierungen einzuschätzen.

Mit der vorliegenden Beschlussvorlage wurde, ausgehend von umfangreichen Teststellungen, eine detaillierte Analyse der Einsatzmöglichkeiten der favorisierten Open-Source Collaboration Tools „Jitsi“ und „Element/Matrix“ vorgenommen.

Aus den vielfältigen, dargelegten Gründen, warum eine derartige Lösung das derzeit eingesetzte Kommunikationstool nur ungenügend bzw. mit erhöhten Aufwänden, ersetzen kann, möchten wir zwei Punkte herausgreifen:

In den vergangenen zwei Jahren konnte unseren Beschäftigten durch die engagierte Arbeit der Kolleg*innen im IT-Referat schnellstmöglich mit „Cisco-WebEx“ eine funktionierende und akzeptierte Kommunikationslösung zur Verfügung gestellt werden. Damit wurde das sichere und ortsunabhängige Arbeiten für viele Kolleg*innen ermöglicht. Diese neue moderne Form des Miteinander-Arbeitens wird auch weiterhin in der Stadtverwaltung etabliert bleiben. Dafür benötigen die Kolleg*innen funktionierende, stabile IT-Systeme.

Bei der Einführung einer neuen Lösung muss diese sich daher in Fragen der Funktionalität, Stabilität und intuitiven Bedienbarkeit, aber auch in Fragen der Barrierefreiheit an der Bestandslösung messen lassen. Die Frage nach einem Open-Source Standard darf nicht das alleinige Kriterium bei einer künftigen Vergabe sein.

Die vorliegenden Testergebnisse zeigen jedoch derzeit noch unzureichende Resultate und würden die tägliche Arbeit unserer Beschäftigten unverhältnismäßig beeinträchtigen. Das würde sowohl zu einer Verschlechterung innerbetrieblicher Prozesse als auch zu einem Imageverlust der LHM in der Interaktion mit Bürger*innen und Kund*innen führen.

Als Beispiel sei hier die fehlende Integrationsfähigkeit von „Jitsi“ mit der derzeit in der Umsetzung befindlichen Talent Management Suite (TMS) erwähnt. Die Kommunikation mit externen Bewerbern ist über Standardschnittstellen mit vielen Kommunikationstools möglich, mit „Jitsi“ jedoch nach Aussagen der implementierenden Firma nicht. Hier muss unbedingt auch die Vereinbarkeit mit bestehenden oder bereits erworbenen IT-Systemen vor einem Einsatz geprüft werden. Aber auch die unzureichende Barrierefreiheit der getesteten Lösung ist aus unserer Sicht ein Ausschlusskriterium für eine städtische IT-Anwendung.

Zu betrachten ist auch das Thema Ressourcen. Auch Open-Source Lösungen sind, wie der Beschlussvorlage zu entnehmen ist, mit Kosten verbunden. Dazu zählen Kosten für Personal und Entwicklung, die die LHM zur Verfügung stellen müsste, da Open-Source Lösungen meist auf Community basierendem Support beruhen. Es gibt also keine verlässliche Quelle für Unterstützung durch einen Anbieter, der im Problemfall schnell und gezielt auf Basis von Verträgen Abhilfe leisten kann. Diese Verantwortung würde vollumfänglich auf unsere IT-Mitarbeitenden übergehen, eine Personalmehrung ist hier unerlässlich, um den zusätzlichen Aufwand abzudecken.

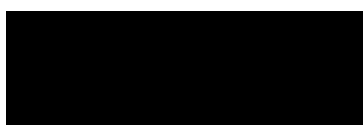
Auch die Frage der künftigen Entwicklung der Lizenzkosten darf hier aus unserer Sicht nicht bei der Vergabe einer zukunftsfähigen Lösung vernachlässigt werden. Am Beispiel von „Jitsi“ ist hier schon die Entwicklung von frei verfügbarer Software hin zu kommerzieller Rechteverwertung sichtbar. Diese Entwicklungen sind immer ganzheitlich zu analysieren und bei einer offenen Vergabe zu bewerten. Auch hier vertrauen wir auf die Fachexpertise der Kolleg*innen im IT-Referat.

Insgesamt sind die dargelegten Ergebnisse aus unserer Sicht eindeutig, der Gesamtpersonalrat unterstützt daher den vorgelegten Entscheidungsvorschlag zur Verlängerung der Bestandslösung bis Ende 2025 und dem Abbau der derzeitigen Teststellung zur Open-Source Collaboration Lösung.

Wir befürworten dabei aber auch den Vorschlag, bei einer künftigen Ausschreibung einer integrierten Sprachkommunikations- und Videokonferenzlösung den Open-Source Gedanken als Zielvorgabe beizubehalten, daneben aber nicht die Ziele Funktionsumfang, Integrationsfähigkeit, Usability, Barrierefreiheit und Ressourcenverfügbarkeit außer Acht zu lassen.

Wir stehen für eine konstruktive Zusammenarbeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



[Redacted name]

Vorsitzende

Datum: 28.04.2022

Telefon: 0 233-

Telefax: 0 233-

**Personal- und
Organisationsreferat**
Der Referent

Collaboration Tools

Open Source-Videokonferenzsystem einführen und Integration zu anderen Infrastruktur-Komponenten sicherstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00454 von der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt - Fraktion vom 24.09.2020, eingegangen am 24.09.2020

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V XXXXX

Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferates

An das IT-Referat – Beschluss- und Berichtswesen

- Per E-Mail -

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Personal- und Organisationsreferat bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Collaboration Tools“. Das Personal- und Organisationsreferat spricht sich in Anbetracht der dargestellten Risiken ausdrücklich für den alternativen Entscheidungsvorschlag, den Weiterbetrieb der Bestandslösung, aus. Die Beschäftigten der Landeshauptstadt München brauchen eine stabile und betriebssichere Kollaborationslösung, was mit der Bestandslösung sichergestellt ist.

Mit freundlichen Grüßen


Berufsmäßiger Stadtrat

Datum: 28.04.2022
Telefon: +49 (89) 233 [REDACTED]
[REDACTED]@muenchen.de



Landeshauptstadt
München

Stadtkämmerei

Jahreshaushaltswirtschaft

Haushalt

SKA 2.12

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / Vxxxxx Collaboration Tools

Beschlussvorlage für den IT-Ausschuss am 11.05.2022

Öffentliche Sitzung

An das IT-Referat – GL2

Die Stadtkämmerei erhebt gegen die o.g. Beschlussvorlage grundsätzlich keine Einwände.

Das bestehende Videokonferenzsystem, welches zu Beginn der Corona-Pandemie stadtweit ausgerollt wurde, ist inzwischen für die tägliche Arbeit in der Stadtkämmerei unverzichtbar. Es ist eine Grundlage dafür, dass das Arbeiten im Homeoffice überhaupt möglich ist. Funktionalitäten wie Videokonferenzen, Teilnahme von Externen, Chatfunktion, Teilen von Inhalten und Whiteboard ermöglichen den tagtäglichen Austausch und die Zusammenarbeit. Es dient in der Stadtkämmerei auch dazu, Großveranstaltungen mit allen Mitarbeitenden durchzuführen, um dort wichtige Informationen zu transportieren und zu erläutern. Auch die Funktion der Teilgruppensitzungen wird benötigt, um beispielsweise in Schulungen und Workshops größere Gruppen in kleinere Arbeitseinheiten zu unterteilen. Die Bestandslösung erfüllt all diese Anforderungen und hat sich nach Anfangsschwierigkeiten zu einem zuverlässigen System entwickelt. Außerdem sind alle Funktionen dort in einem System integriert, welches sich einfach zu bedienen lässt und somit Einarbeitungs- und Schulungsaufwände minimiert. Ein solches System benötigt die Stadtkämmerei, um weiterhin uneingeschränkt im Homeoffice arbeiten und mit der geplanten Sanierung der Herzog-Wilhelm-Straße 11 ab 2023 das shared-desk-Konzept umsetzen zu können. Wir halten daher ein open-source-Tool als Ersatz für die Bestandslösung für ungeeignet und bitten, auf geeignetere Lösungen auszuweichen.

Für den Weiterbetrieb der Bestandslösung werden im Vortrag unter 6.2 die Personalkosten mit rund 1,15 Mio.€ p.a. angegeben. Darüber hinaus werden jährlich Lizenzkosten in Höhe von ca. 1,08 Mio. € anfallen. Beim Variantenvergleich unter 12.1 werden Personalkosten in Höhe von rund 9,22 Mio. € ausgewiesen und weitere Sachkosten in Höhe von 715 Tsd. €. Wir bitten die Darstellung der angegebenen Bedarfe zu verifizieren und aufeinander abzustimmen. Sollten sich dadurch Veränderungen beim Kostenvergleich der verschiedenen Varianten mit Auswirkung auf die Bewertung ergeben, ist dies im Entscheidungsvorschlag zu berücksichtigen und die Beschlussvorlage erneut der Stadtkämmerei vorzulegen.

Unter Berücksichtigung der aktuellen Darstellung in der Beschlussvorlage wird aufgrund von Wirtschaftlichkeitsaspekten und in Verbindung mit der aufgezeigten Gegenüberstellung verschiedener Varianten mit Open Source System, der aktuellen Bestandslösung und einem Hybridsystem, der Entscheidungsvorschlag des IT-Referats mit Weiterbetrieb der aktuellen Bestandslösung grundsätzlich begrüßt. Wir bitten jedoch noch die Grafik zur Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu erstellen und der Stadtkämmerei nachzureichen.

Die Stellungnahme ist der Beschlussvorlage beizufügen.

Das Büro des Oberbürgermeisters, das Revisionsamt sowie das Direktorium D-HAII-V1 (Beschlusswesen) erhalten einen Abdruck der Stellungnahme zur Kenntnis.

Gezeichnet

[REDACTED] am 28.04.2022